



Frankreichs Unruhen: Versicherern drohen Schäden von bis zu 1,2 Milliarden Euro

Dirk Stein

Die jüngsten Ausschreitungen in Frankreich könnten die Versicherungswirtschaft bis zu 1,2 Milliarden Euro kosten. Nach Einschätzung der Ratingagentur Morningstar DBRS bleiben die finanziellen Folgen für große Versicherer zwar beherrschbar. Doch die Ereignisse offenbaren ein strukturelles Problem: Soziale Unruhen entwickeln sich zunehmend zu einem Kumulrisiko, das die traditionellen Grenzen der Schaden- und Rückversicherung infrage stellt.

Am 17. Oktober beteiligten sich Hunderttausende Menschen an überwiegend friedlichen Demonstrationen. Gleichzeitig kam es in mehreren Städten, darunter Paris, Marseille und Limoges, zu Plünderungen, Brandstiftungen und Sachbeschädigungen. Nach den am 19. Oktober veröffentlichten Angaben wurden rund 2.400 Menschen festgenommen. Mindestens 3.000 Unternehmen waren von Beschädigungen oder Plünderungen betroffen.

Die wirtschaftlichen Schäden für den Handel könnten sich auf mehrere Hundert Millionen Euro summieren. Politisch reagierte die Regierung mit Forderungen nach örtlich begrenzten Ausgangssperren und einer Überprüfung möglicher Sicherheitsversäumnisse.

Für die Versicherungswirtschaft stellt sich unterdessen die Frage, in welchem Umfang die Schäden gedeckt sind und welche Belastungen bei Erst- und Rückversicherern verbleiben.

Morningstar DBRS erwartet keine Gefährdung der Kapitalbasis

Nach Einschätzung der Ratingagentur Morningstar DBRS dürften die versicherten Schäden zwischen einer und 1,2 Milliarden Euro liegen beziehungsweise diese Größenordnung nicht überschreiten. Voraussetzung ist allerdings, dass es nicht zu einer weiteren Eskalation der Gewalt kommt.

Marcos Alvarez, Global Head of Insurance bei Morningstar DBRS, geht davon aus, dass die Ausschreitungen für die großen französischen Versicherer vor allem eine Ergebnisbelastung darstellen werden. Eine substantielle Beeinträchtigung ihrer Kapitalausstattung erwartet er dagegen nicht.

Ausschlaggebend sind insbesondere bestehende Rückversicherungsvereinbarungen sowie mögliche

Regressansprüche gegenüber dem französischen Staat. Beide Faktoren könnten die endgültige Nettobelastung der Versicherungsunternehmen deutlich reduzieren.

Damit unterscheidet die Ratingagentur zwischen einem Schadenereignis, das die laufende Profitabilität beeinträchtigt, und einem Ereignis, das die finanzielle Stabilität eines Versicherers gefährden könnte. Die aktuellen Ausschreitungen werden bislang der ersten Kategorie zugeordnet.

Allerdings bleibt die Prognose mit Unsicherheiten verbunden. Neben der weiteren Entwicklung der Proteste sind die tatsächlichen Deckungsumfänge, mögliche Selbstbehalte und die Durchsetzbarkeit staatlicher Ersatzansprüche für die endgültige Schadenhöhe entscheidend.

Wenn soziale Unruhen zum Kumulrisiko werden

Die eigentliche Bedeutung der französischen Ereignisse reicht nach Einschätzung von Morningstar DBRS über die unmittelbare Schadenbelastung hinaus. Im Mittelpunkt steht das sogenannte SRCC-Risiko, das für Strikes, Riots and Civil Commotion steht und Streiks, Ausschreitungen sowie innere Unruhen umfasst.

Lange wurden entsprechende Schäden in der Sachversicherung überwiegend als lokal begrenzte Ereignisse betrachtet. Einzelne beschädigte Geschäfte, Fahrzeuge oder Gebäude ließen sich innerhalb bestehender Deckungskonzepte vergleichsweise gut kalkulieren.

Diese Annahme gerät zunehmend unter Druck. Breiten sich Ausschreitungen gleichzeitig auf mehrere Städte aus, können Tausende Schäden innerhalb kurzer Zeit entstehen. Betroffen sind dann nicht nur gewerbliche Immobilien, sondern auch Kraftfahrzeuge, öffentliche Einrichtungen und Unternehmen, deren Geschäftsbetrieb durch die Ereignisse beeinträchtigt wird.

Aus einer Vielzahl zunächst unabhängiger Einzelrisiken entsteht dadurch eine gemeinsame Schadenbelastung. Für Versicherer ist diese Korrelation besonders problematisch, weil sich die Schäden nicht mehr zuverlässig durch eine geografische Streuung des Portfolios begrenzen lassen.

Morningstar DBRS zieht deshalb Parallelen zu Naturkatastrophen. Entscheidend ist weniger die Höhe eines einzelnen Schadens als die Möglichkeit, dass zahlreiche Versicherungsnehmer gleichzeitig Leistungen beanspruchen.

Die Ausschreitungen des Jahres 2023 in Frankreich verdeutlichen diese Entwicklung. Damals entstanden nach Angaben der Ratingagentur versicherte Schäden von rund 730 Millionen Euro. Die jüngsten Ereignisse könnten diesen Wert erheblich übertreffen.

Rückversicherer müssen politische und gesellschaftliche Risiken neu bewerten

Die zunehmende Bedeutung von SRCC-Schäden hat unmittelbare Konsequenzen für die Rückversicherung. Während Naturkatastrophen seit Jahrzehnten mithilfe spezialisierter Modelle, geografischer Expositionsanalysen und definierter Haftungsgrenzen bewertet werden, gestaltet sich die Quantifizierung gesellschaftlicher Unruhen deutlich schwieriger.

Ihre Entstehung hängt von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren ab, die sich nur begrenzt statistisch erfassen lassen. Hinzu kommt, dass sich Protestbewegungen durch gesellschaftliche Dynamiken innerhalb kurzer Zeit räumlich ausweiten können.

Für Rückversicherer entsteht damit die Herausforderung, mögliche Schadenkonzentrationen über verschiedene Regionen und Versicherungssparten hinweg zu erkennen. Eine ausschließlich standortbezogene Risikobetrachtung greift dabei zu kurz.

Nach Einschätzung von Reinsurance News dürfte SRCC deshalb bei den anstehenden Rückversicherungserneuerungen eine wichtige Rolle spielen. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund eines sich abschwächenden Preismarktes, in dem Erstversicherer versuchen könnten, umfangreichere Deckungen zu günstigeren Konditionen zu vereinbaren.

Für Rückversicherer ergibt sich daraus ein Spannungsverhältnis zwischen Wettbewerbsfähigkeit und risikoadäquater Kalkulation. Werden Schäden durch soziale Unruhen ohne eigenständige Bewertung in bestehende Verträge eingeschlossen, können erhebliche Risiken entstehen, für die keine ausreichenden Prämien kalkuliert wurden.

Die Entwicklung spricht deshalb für eine stärkere Differenzierung von SRCC-Deckungen, klar definierte Haftungsobergrenzen und eine systematische Analyse möglicher Kumulsszenarien. Auch die vertragliche Abgrenzung

zwischen gewöhnlichen Sachschäden, politisch motivierter Gewalt und anderen Sonderrisiken gewinnt an Bedeutung.

Frankreich plant staatlich gestützten Versicherungsschutz

Die französische Regierung hat die strukturelle Herausforderung bereits aufgegriffen. Ein geplanter staatlich gestützter Absicherungsmechanismus soll die Versicherungswirtschaft künftig bei außergewöhnlich hohen Schäden durch Ausschreitungen entlasten.

Nach den von Morningstar DBRS beschriebenen Plänen ist eine verpflichtende Absicherung gegen entsprechende Schäden vorgesehen. Versicherer sollen einen erheblichen Teil qualifizierter Belastungen an einen staatlich unterstützten Mechanismus übertragen können, der von der französischen öffentlichen Rückversicherungsgesellschaft Caisse Centrale de Réassurance (CCR) verwaltet werden soll.

Das Vorhaben ist nach Angaben der Ratingagentur bereits gebilligt, allerdings noch nicht operativ umgesetzt. Für die jüngsten Ausschreitungen steht dieser Schutz daher nicht zur Verfügung.

Die geplante Konstruktion verdeutlicht einen grundsätzlichen Wandel im Umgang mit gesellschaftlich bedingten Großschäden. Ähnlich wie bei bestimmten Naturkatastrophenrisiken könnte der Staat künftig eine größere Rolle bei der Absicherung außergewöhnlicher Schadenereignisse übernehmen.

Damit verbunden ist allerdings eine wirtschaftspolitische Abwägung: Einerseits kann eine staatliche Rückversicherungslösung dazu beitragen, die Versicherbarkeit von Risiken aufrechtzuerhalten, die private Anbieter nur noch eingeschränkt übernehmen wollen. Andererseits muss sichergestellt werden, dass staatliche Garantien nicht zu einer systematischen Unterbewertung der tatsächlichen Risiken führen.

Entscheidend wird deshalb sein, wie die künftige Risikoteilung zwischen Versicherungsunternehmen, Rückversicherern und Staat ausgestaltet wird und welche Anreize zur Schadenprävention bestehen bleiben.

Auch für deutsche Versicherer wächst die Bedeutung gesellschaftlicher Risiken

Obwohl die aktuellen Schäden überwiegend den französischen Markt betreffen, ist die Entwicklung auch für die deutsche Versicherungswirtschaft relevant.

International tätige Versicherungsgruppen und Rückversicherer können unmittelbar über ihre europäischen Portfolios betroffen sein. Darüber hinaus werfen die Ereignisse grundsätzliche Fragen zur Kalkulation politischer und gesellschaftlicher Risiken auf.

Für deutsche Gewerbe- und Industrieversicherer gewinnt insbesondere die vertragliche Behandlung von Schäden durch innere Unruhen an Bedeutung. Ob entsprechende Ereignisse versichert sind, hängt vom jeweiligen Versicherungsprodukt, den vereinbarten Bedingungen und möglichen besonderen Einschlüssen ab. Eine generelle Deckung lässt sich daraus nicht ableiten.

Für Unternehmen ist diese Unterscheidung von erheblicher praktischer Bedeutung. Schäden durch Brandstiftung, Vandalismus oder Plünderungen können unterschiedliche versicherungsvertragliche Tatbestände berühren. Auch mögliche Betriebsunterbrechungsschäden setzen regelmäßig voraus, dass die vertraglich definierten Voraussetzungen erfüllt sind.

Versicherungsmakler und Risikomanager sollten deshalb insbesondere bei international tätigen Unternehmen prüfen, ob bestehende Policen gesellschaftlich bedingte Gewaltereignisse ausreichend berücksichtigen und wie sich mögliche Ausschlüsse oder Entschädigungsgrenzen auf den tatsächlichen Versicherungsschutz auswirken.

Die französischen Ausschreitungen zeigen damit eine Entwicklung, die über nationale Grenzen hinausweist: Gesellschaftliche Spannungen können innerhalb kurzer Zeit erhebliche versicherte Sachschäden verursachen und zugleich die Grenzen traditioneller Risikostreuung offenlegen.

Für die Versicherungswirtschaft besteht die Herausforderung darin, diese Risiken nicht erst nach einem Großschaden neu zu bewerten, sondern sie bereits bei der Produktgestaltung, Prämienkalkulation und Rückversicherungsstruktur angemessen zu berücksichtigen.

Quelle: Grundlage dieses Beitrags ist der [Originalartikel](#) von Kane Wells, „France riots put SRCC accumulation risk in focus for re/insurers: Morningstar DBRS“, erschienen am 19. Oktober 2026 bei Reinsurance News, mit Einschätzungen der Ratingagentur Morningstar DBRS.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4952545/Frankreichs-Unruhen-Versicherern-drohen-Schaeden-von-bis-zu-12-Milliarden-Euro/>